



Brauchen wir eine Schuldenbremse?

Deutschland bekommt derzeit schlechte Noten für seine Infrastruktur: Die Bahn und Schulen müssen dringend saniert werden und die Digitalisierung kommt auch nur langsam voran. Führende Wirtschaftsinstitute fordern zusätzliche Schulden in Milliardenhöhe, um die marode Infrastruktur zu erneuern. Dabei stellt sich die Frage, wie die Politik angesichts der seit 2009 im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse finanziellen Spielraum dazu bekommen kann. Der Schuldenbremse wird vorgeworfen, eine „Investitionsbremse“ zu sein. Aber vielleicht ist nicht die Schuldenbremse das Problem, sondern die Regierungen verweigern sich einer notwendigen Priorisierung von Staatsausgaben.

Was steckt hinter der Debatte um die deutsche Schuldenbremse? Was sind die grundsätzlichen Vor- und Nachteile solcher Schuldenregeln und brauchen wir eine solche Regel? In dieser Unterrichtseinheit befassen sich die Schülerinnen und Schüler mit diesen komplexen und spannenden Fragen. Sie erarbeiten sich den finanzpolitischen Rahmen der Politik, gängige Pro- und Kontra-Argumente zu Schuldenregeln und tauschen diese im Rahmen einer Fishbowl-Diskussion aus. Am Ende lösen sie sich von den Rollen und positionieren sich. Sie erkennen dabei den politischen Gestaltungsspielraum, aber auch die Grenzen der Finanzpolitik rund um die Schuldenbremse.

Überblick

Themenbereich	Soziale Marktwirtschaft
Anforderung	Gymnasium
Klassenstufe	Sek II
Vorwissen	Grundwissen der Fiskalpolitik, Bundeshaushalt, Angebots- und Nachfrageorientierung
Zeitbedarf	2 Unterrichtsstunden
Methoden	Fishbowl-Diskussion, digitale Umfrage
Kompetenzen	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none">◆ analysieren den durch die Schuldenbremse gesetzten finanzpolitischen Rahmen in Deutschland.◆ erörtern Vor- und Nachteile einer Schuldenbremse im Rahmen einer Diskussion.◆ beurteilen eine Schuldenbremse.
Schlagworte	Fiskalpolitik, Investitionen, Schuldenbremse, Staatsverschuldung, Sondervermögen, Staatsschuldenquote
Autor	Johannes Heuser
Redaktion	RAABE – Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Produktion	Klett MEX (September 2024)



Kennzahlen im Blick

Die Finanzpolitik von Staaten umfasst insbesondere die Festlegung von Steuern und Ausgaben sowie staatliche Investitionen. Dies geschieht immer mit den Zielen, einerseits wirtschaftliche Stabilität und Wachstum zu fördern und andererseits Arbeitslosigkeit und Inflation gering zu halten. Die Finanzpolitik kann dabei expansiv sein und Ausgaben erhöhen oder Steuern senken, was in der Regel mit der Aufnahme neuer Schulden verbunden ist, oder restriktiv sein und Ausgaben reduzieren oder Steuern erhöhen, wobei der Staat dann in der Regel ohne neue Schulden auskommt. In Deutschland wurde mit der Schuldenbremse ein Rahmen etabliert, der sowohl finanzpolitische Flexibilität als auch fiskalische Disziplin ermöglichen soll.

Die **deutsche Schuldenbremse** (Artikel 109 Abs. 3 und Art. 115 Abs. 2 des GG) wurde nach der internationalen **Finanzkrise** 2009, zusätzlich und verschärfend zu den **europäischen Schuldenregeln**, als Mittel gegen eine allzu ausufernde Staatsverschuldung auf den Weg gebracht. Die Finanzkrise war jedoch im Kern eine Bankenkrise und keine Staatsschuldenkrise. Sie entstand auch nicht wegen zu hoher Staatsschulden, sondern wegen zu hoher privatwirtschaftlicher Verschuldung und zu laxer Kreditvergabe für Immobilien. Sie führte jedoch in einigen südeuropäischen EU-Ländern durch teure Bankenrettungen und Konjunkturpolitik dann zu Staatsschuldenkrisen.

Die deutsche Schuldenbremse sieht eine strukturelle und eine konjunkturelle Komponente vor. Die strukturelle Komponente beschränkt die Möglichkeit zur Neuverschuldung auf jährlich 0,35 % des (nominellen) Bruttoinlandsprodukts. Die konjunkturelle Komponente erlaubt, im Sinne von Keynes, die Aufnahme zusätzlicher Schulden während eines konjunkturellen Abschwungs. Im Falle einer Besserung sind sie aber wieder in den Folgejahren zurückzuführen. Ein Schlupfloch bleibt: Der Bundestag kann mit einfacher Mehrheit die Schuldenbremse im Falle von Naturkatastrophen oder von anderen außergewöhnlichen Notsituationen, die sich staatlicher Kontrolle entziehen, aussetzen. Dies ist während der Corona-Pandemie 2020–2022 und aufgrund der Folgen des Ukrainekrieges 2023 geschehen.

Die Schuldenbremse spaltet die ökonomische Wissenschaft in **zwei Lager**: Die eine Seite möchte die Schuldenbremse **lockern oder komplett abschaffen**. Befürworterinnen und Befürworter dieser Seite argumentieren u. a. damit, dass man zwischen investieren und konsumieren unterscheiden müsse, was die Schuldenbremse nicht tue, und dass nur mit einer Änderung oder Abschaffung der hohe Investitionsbedarf für Infrastruktur oder die ökologische Transformation in Deutschland gelingen könne. Sie sehen in der Schuldenbremse eine „Investitionsbremse“. Schulden für Investitionen halten sie für zulässig und bezweifeln die Wirksamkeit der Schuldenbremse angesichts von haushälterischen Tricks („Sondervermögen“, etwa für die Bundeswehr). Die andere Seite hält Schulden für gefährlich und möchte die Schuldenbremse in der bestehenden Form **erhalten**. Befürworterinnen und Befürworter halten sie als „Stabilitätsanker“ für notwendig, um der Politik klare Anreize für Haushaltsdisziplin zu setzen (Public Choice Theorie) und verlangen eine Priorisierung von Ausgaben nach Effizienzkriterien. Sie möchten so eine immer stärkere Ausweitung von staatlichen Konsumausgaben verhindern und letztlich die **Tragfähigkeit** der deutschen Schuldenlast sichern.

Ein Parameter für die Schuldentragfähigkeit ist die **Schuldenquote**, also die Höhe der Schulden (Schuldenstand) relativ zur Wirtschaftskraft (nominales BIP). Man kann die Quote als Ergebnis der Bruchrechnung Schulden/BIP sowohl senken, indem man die Schulden senkt (Zähler wird kleiner) oder heben (Nenner wird größer). Ein ausgeglichener Bundeshaushalt führt deshalb nicht unbedingt zu einer sinkenden Quote. Für Deutschland beträgt die Quote laut Bundesbank 64 %. Das ist ein international eher niedriger und solider Wert. Die USA oder Japan zeigen, dass man als Land auch mit sehr hohen Quoten zurechtkommen kann. Zudem ist die Schuldenquote im Gegensatz zu Unternehmen bei Staaten nicht zentral für die Schuldentragfähigkeit. Staaten mit eigener Zentralbank und eigener Währung können, im Gegensatz etwa zu Bundesländern, Städten oder privaten Haushalten, nicht „Pleite gehen“ und auch in der Euro-Zone ist es wahrscheinlich, dass die EZB zur Rettung des Euro Staaten retten würde. Vertreterinnen und Vertreter der **Modern Monetary Theory (MMT)** sehen somit bei Staaten mit Währungsmonopol kein generelles Problem in höherer Verschuldung, weil der Staat Geld für Ausgaben einfach neu schaffen („schöpfen“) kann. „Das Geld kommt schon als Schulden in die Welt“ (siehe Ausschnitt aus „Die Anstalt“) und wer Geld für Ausgaben „schöpfen“ kann, muss dies nicht durch Einnahmen „finanzieren“. Staatsschulden müssen dann die Staatsausgaben nicht begrenzen. Somit erscheint die Aussagekraft von Schuldenquoten begrenzt. Allerdings muss sich der Staat um die Wirkung der Staatsausgaben auf die Inflation sorgen. Schuldenmachen ohne Gegenfi-

nanzierung, wie von der MMT postuliert, erscheint ganz ohne Konsequenzen eher als Wunschdenken. So ist die **Zinsausgabenquote** durchaus relevant. Diese misst den Anteil der Staatseinnahmen, der für Zinszahlungen auf die Staatsschulden verwendet wird. Bei sehr hohen Quoten schränkt die Zinslast den finanziellen Gestaltungsspielraum des Staates und zukünftiger Generationen ein, weil weniger Mittel für andere Ausgaben verfügbar sind. Der Staat trägt also durch Ausgabe von Schulden ein **Zinsrisiko**. Je höher das **Zinsniveau**, desto teurer die neuen Schulden. Hierbei sollte man allerdings auch die **Inflation** berücksichtigen und die **realen Zinskosten** (2019–2023 negativ) betrachten. Letztlich ist das **Vertrauen der Finanzmärkte** in die Fähigkeit eines Staates, seine Schulden zu bedienen (Zins als Risikoprämie) entscheidend. „Schuldenexperimente“ wie der Versuch von Kurzzeit-Premierministerin Liz Truss in Großbritannien zeigen, dass es sehr schnell um die Tragfähigkeit geschehen sein kann, wenn die eigene Zentral-/Notenbank nicht mitzieht und das Vertrauen schwindet.

Womit sich sowohl Befürworterinnen und Befürworter als auch Kritikerinnen und Kritiker der Schuldenbremse schwertun, sind Antworten auf die wichtige Frage: Was sind nun genau **Investitionen**? Hier gibt es keine Einigkeit über eine Definition von „Zukunftsinvestitionen“ und Unterschiede zwischen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, Finanzstatistik und Haushaltsrecht. Mit seinem Urteil vom November 2023 hat das **Bundesverfassungsgericht** zudem der Politik zumindest die Weiterverwendung zweckgebundener Mittel (Kreditemächtigungen für Corona-Hilfen) für andere Zwecke (Klimaschutz und Transformation) untersagt und u. a. einen Verstoß des Nachtragshaushalts 2021 gegen die Schuldenbremse festgestellt. Der Staat dürfe keine Notkredite für spätere Jahre zurücklegen. Folglich mussten die Haushalte neu geplant werden. Am Ende verständigte man sich auf eine Einhaltung der Schuldenbremse. Das Problem blieb ungelöst und wurde bis zum nächsten Haushalt oder neuen Koalitionsverhandlungen vertagt. Auch deshalb werden weiterhin **Reformansätze** für die Schuldenbremse diskutiert: die Konjunkturkomponente großzügiger ausgestalten, Netto-Investitionen ausnehmen oder zweckgebundene Sondervermögen festlegen. Für alle Reformvorschläge gilt eine hohe Hürde, da eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat nötig ist. Vielleicht ist alles nur eine Frage der Zeit, doch die grundlegenden Unterschiede im Hinblick auf die Schuldentragfähigkeit und die spannenden Grundsatzfragen zur Rolle des Staates bleiben kontrovers: Was sind staatliche Kernaufgaben? Wo endet der Aufgabenbereich des Staates und wo beginnt die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger? Wieviel Staat braucht der Markt? Braucht es für Innovationen mehr Staat oder weniger Staat und mehr Kapitalmarkt?

Literaturhinweise:

Art 109 GG – Einzelnorm (gesetziminternet.de), Art 115 GG – Einzelnorm (gesetziminternet.de)

Fuest, Clemens et al: Die deutsche Schuldenbremse – Stabilitätsanker oder Investitionsblocker? Bericht über die Befragung im Rahmen des 45. Ökonomenpanels von ifo und FAZ. ifo Schnelldienst 1/2024. S. 44–48.

Dirk Ehnts: Staatsschulden sollten Staatsausgaben nicht begrenzen. www.bpb.de. 9.1.2023.

Leo Mühlenweg, Philippa Sigl-Glöckner: Was macht eine gute Fiskalpolitik aus?, in: Deutschland & Europa: Der Beutelsbacher Konsens im Wirtschaftsunterricht durchgängig plural? www.lpbbw.de. 15.5.2024. S. 24–27.

Holger Zschäpitz: Das Ende der großen MMT-Illusion. www.bpb.de 9.1.2023.

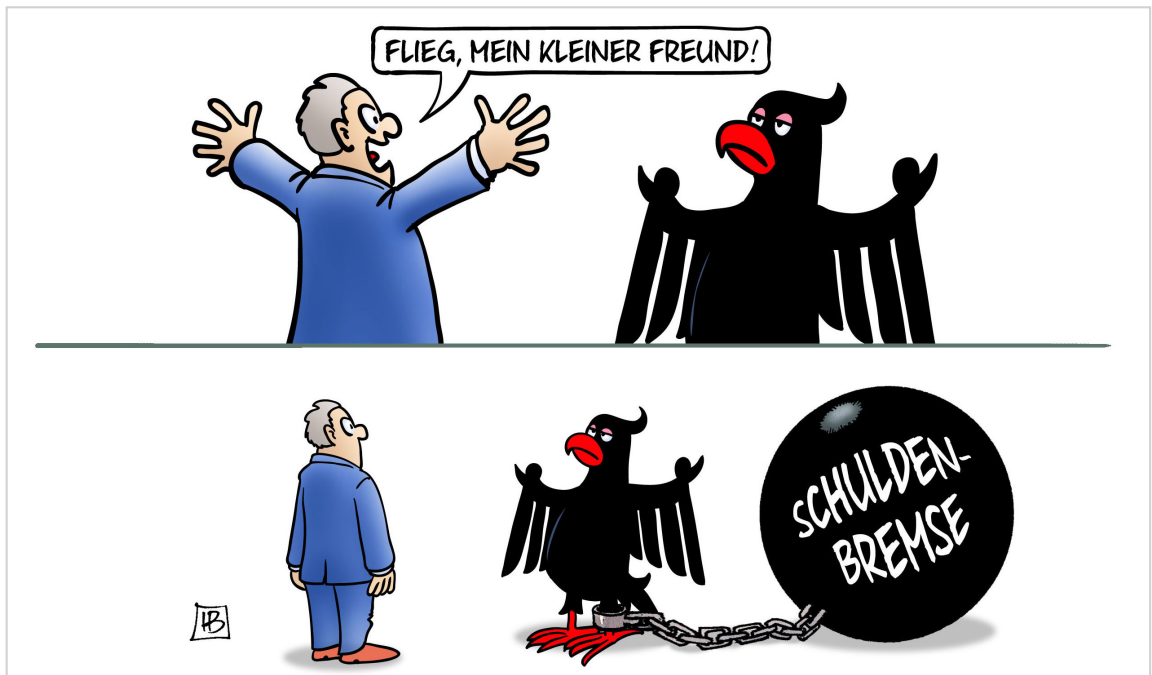
<https://www.zdf.de/comedy/dieanstalt/dieanstaltvom-12-maerz-2024-100.html>

Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
1. Unterrichtsstunde: Finanzpolitik in Zeiten der Schuldenbremse				
10'	Einstieg und Hinführung	Die SuS werden ins Thema und die Problematik eingeführt.	M1 Bremst die Schuldenbremse?	Think-Pair-Share
15'	Hinführung	Die SuS identifizieren und recherchieren arbeitsteilig relevante Informationen. Sie analysieren, welche Vorgaben der Politik durch die Schuldenbremse und EU-Schuldenregeln gemacht werden.	Arbeitsblatt: Brauchen wir eine Schuldenbremse? M2 Basiswissen: Schuldenregeln im Überblick	Guppenarbeit Aufgabe 4 dient zur Binnendifferenzierung und eignet sich für lernstärkere SuS.
15'	Erarbeitung I	Die SuS werten einen Teil einer Satire-Sendung mit verbreiteten Annahmen zur Staatsverschuldung aus.	Film: Die Anstalt: Schulden voraus! M3 Satiresendung „Die Anstalt“ – Hinweise	Einzelarbeit
5'	Sicherung I	Die SuS kennen den finanzpolitischen Rahmen in Deutschland.	Arbeitsblatt: Brauchen wir eine Schuldenbremse?	Unterrichtsgespräch
2. Unterrichtsstunde: Brauchen wir eine Schuldenbremse?				
20'	Erarbeitung II	Die SuS erarbeiten arbeitsteilig weitere Vor- und Nachteile der Schuldenbremse als Vorbereitung einer Fishbowl-Diskussion.	M4 Basiswissen: Schuldenregeln im Überblick M5 Sind Schulden eine Last für die Jungen?	Einzelarbeit (arbeitsteilig) Diskussion in Gruppenarbeit
20'	Sicherung II	Durchführung der Fishbowl-Diskussion zur Frage: Brauchen wir eine Schuldenbremse?		Diskussion Option: Protokoll durch Beobachterinnen und Beobachter oder zusammenfassendes Tafelbild
5'	Urteil	Die SuS lösen sich von ihren Diskussionsrollen und positionieren sich mit einem begründeten Urteil.	Digitale Methode: Umfrage	

M1

Bremst die Schuldenbremse?



Quelle: Harm Bengen: Schuldenbremse bremst. https://de.toonpool.com/user/463/files/schuldenbremse_bremst_4340975.jpg. 19. November 2023. Zugriff am 8.8.2024.

Aufgaben

- 1 Analysieren Sie die Karikatur zur Schuldenbremse.
- 2 Tauschen Sie sich mit einer Partnerin oder einem Partner 5 Minuten über folgende Punkte aus:
 - a) Ihr Vorwissen zur deutschen Schuldenbremse und EU-Schuldenregeln
 - b) notwendige, relevante Informationen zur Thematik Schuldenregeln für Staaten
 - c) erste Vor- und Nachteile von Schuldenregeln für Staaten.

Arbeitsblatt: Brauchen wir eine Schuldenbremse?

Zur Erörterung dieser anspruchsvollen Frage wird eine Faktengrundlage sowie interessante Vergleichsmaßstäbe benötigt.

Relevante Information:	Höhe der Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden in D (absolut und in % des BIP)	Aktuelles Kreditrating der BRD:	Höhe der Zinskosten („Schuldendienst“) im Bundeshaushalt:	Höhe öffentlicher Investitionen in Deutschland, Trend
Fakten:				
Quellen:				

Relevante Information:	Genaue Schuldenregeln in D, Details zur Schuldenbremse:	Schulden-tragfähigkeit: Was ist das? Schulden in eigener Währung vs. Fremdwährung		
Fakten:				
Quellen:	M2			

Aufgaben

- 3** Sammeln Sie in einer Vierergruppe Infos zur Thematik und besprechen Sie Ihre Ergebnisse. Recherchieren und ergänzen Sie dazu die Informationen arbeitsteilig online.
- ★ 4** Überlegen Sie sich weitere ein bis zwei relevante Informationen zur Thematik Staatsverschuldung. Recherchieren Sie Ihre ergänzten Informationen arbeitsteilig online und anhand von M2.

M2

Basiswissen: Schuldenregeln im Überblick

In vielen Staaten gibt es politisch gewollte Schuldenregeln, die den finanziellen Spielraum von Staaten bewusst einschränken: In Deutschland existiert die sogenannte Schuldenbremse, in der EU gibt es europäische Schuldenregeln, die auch für Deutschland als Mitgliedsland gelten

Die deutsche Schuldenbremse (Art. 109 und Art. 115 GG, seit 2011).
Darin ist festgelegt:
„Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.“

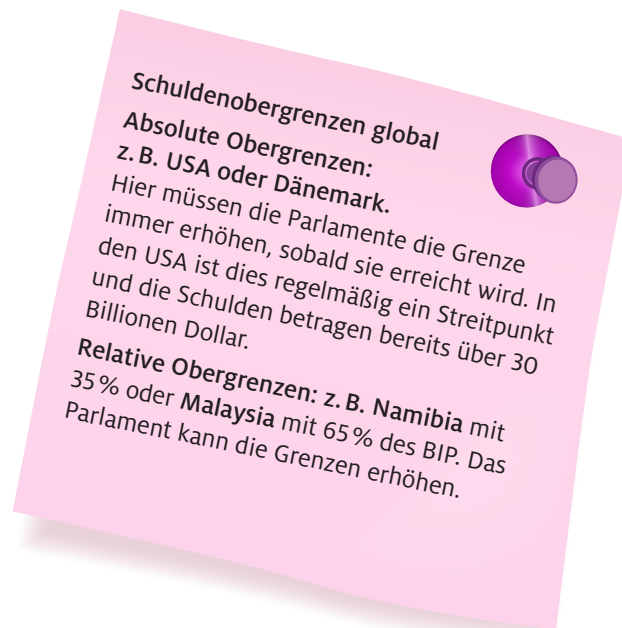
Die **strukturelle Neuverschuldung** sollte maximal 0,35 % des BIP betragen;
plus **flexible Konjunkturkomponente**.
Haushaltsnotlage: Für Naturkatastrophen oder andere außergewöhnliche Notsituationen besteht eine Ausnahmeregelung, d. h. die Schuldenbremse kann krisenbedingt ausgesetzt werden, wenn das Parlament eine Haushaltsnotlage mit Bundestagsmehrheit erklärt. Das geschah zum Beispiel 2020–2023 infolge der Corona-Pandemie. Allerdings müssen dann auch entsprechende Tilgungsregelungen festgelegt werden.

Hinweise:

Den 16 Bundesländern sind strukturelle Schulden sogar ganz untersagt.
Das BIP der Bundesrepublik Deutschland betrug 2023 4,12 Billionen Euro, 0,35 % davon sind 14,4 Milliarden Euro.
In konjunkturell schlechten Zeiten mit unterdurchschnittlicher Auslastung der Produktionsfaktoren (Produktionslücke) kann mehr Nettokreditaufnahme erfolgen. Über die komplexe, genaue Berechnung dieser Konjunkturkomponente anhand von Parametern wie Produktionslücken und geschätztem Potential sowie Auslastung der Wirtschaft können Expertinnen und Experten trefflich streiten. Für 2024 sind hier ca. 1,3 Milliarden möglich, für 2025 aufgrund einer angepassten Berechnung ca. 10 Milliarden.

Eckpunkte der **europäischen Schuldenregeln** (Konvergenzkriterien im Maastricht Vertrag seit 1992 und Stabilitäts- und Wachstumspakt seit 1997) sind (stets in Relation zum BIP):
Die Gesamt-**Schuldenquote** und Wachstumsquote sollte maximal 60 % betragen. Länder mit Schuldenständen über 90 % sollen ihre Schuldenquote jährlich um einen Prozentpunkt senken, Länder zwischen 60 und 90 % um 0,5 Prozentpunkte.
(Hinweis: 60 % sind eher willkürlich festgelegt und waren 1992 der Schuldenquoten-durchschnittswert der EU-Mitgliedsstaaten).

Die maximale jährliche **Neuverschuldung**, d. h. die Differenz von Einnahmen und Ausgaben, sollte bei 3 % der Wirtschaftsleistung liegen. „Sondervermögen“ werden hier einbezogen. Sondervermögen des Bundes sind abgesonderte Teile des Bundesvermögens, die ausschließlich zur Erfüllung einzelner begrenzter Aufgaben des Bundes bestimmt sind und daher vom sonstigen Bundesvermögen getrennt verwaltet werden.
Maximale **strukturelle Neuverschuldung**, d. h. das Haushaltsdefizit unter Berücksichtigung konjunktureller Schwankungen und Sondereffekten, sollte bei 0,5 % und in bestimmten Fällen bis zu 1 % liegen.



Aufgabe

- 5** Analysieren Sie anhand von M2, welche Vorgaben der Politik in Deutschland durch die Schuldenbremse und die EU-Schuldenregeln gemacht werden.



Die Anstalt: Schulden voraus!

Die schwäbische Hausfrau wird als Metapher für die Schuldenbremse herangezogen – und wehrt sich dagegen. Sie erklärt, warum sie sich nicht als Projektionsfläche eignet und warum sie fürs Schuldenmachen plädiert.

M3

Satiresendung „Die Anstalt“ – Hinweise

In ihrer Sendung vom 12. März 2024 nahm die Satiresendung „Die Anstalt“ das Thema Staatsverschuldung und die Schuldenbremse aufs Korn.

D Satire

Satire ist eine Kunstform, die mithilfe von Übertreibungen, Spott und beißendem Witz Personen und Einstellungen ins Lächerliche zieht. Sie will damit Missstände anprangern oder auf falsche, gängige Vorstellungen hinweisen.

Im Filmausschnitt der Anstalt tauchen folgende Figuren auf, die hier kurz erläutert werden:

Gallionsfigur: In der Schiff- und Seefahrt eine meist aus Holz geschnitzte Figur, die am Vorderteil des Rumpfes von Segelschiffen angebracht wurde. Dem Glauben der Seeleute nach sollte die Figur das Schiff vor Unglück bewahren und auf Kurs halten.

Marienerscheinung: Im katholischen Christentum religiöse Visionen, bei denen Menschen bezeugen, ihnen sei die Mutter von Jesus Christus erschienen, was sie in ihrem Glauben bestärkte. Hier in der Satiresendung wird die Marienerscheinung weltlich verwendet und verdeutlicht das Erkennen von vermeintlichen „Wahrheiten“ im Hinblick auf die Staatsverschuldung.

Sirenen: Böartige Fabelwesen der griechischen Mythologie. In der Satiresendung als Sinnbild für die Verlockungen der Politik im Hinblick auf immer neue Ausgabenwünsche von Interessengruppen verwendet.

Odysseus: Ein Held aus der griechischen Mythologie. Nach dem Sieg im Trojanischen Krieg versucht Odysseus, nach Hause zurückzukehren. Auf seiner zehnjährigen Reise muss er zahlreiche Prüfungen bestehen.

Public Choice Theory: Ihr zufolge haben Politikerinnen und Politiker zunächst ihren individuellen Nutzen (z. B. wiedergewählt werden) und erst danach das Gemeinwohl (z. B. langwierige Erneuerung der maroden Infrastruktur) im Sinn. Das macht Politikerinnen und Politiker anfällig für Interessengruppen (Lobbygruppen), die versuchen politische Entscheidungen im Sinne ihrer Partikularinteressen (z. B. staatliche Eingriffe wie die Förderung von X, niedrigere Steuern auf Y) zu beeinflussen. Am Ende wird dann von der Politik für die politische Unterstützung der Lobby das jeweilige Lobbyinteresse verfolgt und nicht das Gemeinwohl bzw. die Wohlfahrtsmaximierung.

Aufgaben

- 6 Arbeiten Sie zunächst verbreitete Annahmen zur Staatsverschuldung heraus. Erklären Sie ausgehend von M3 und dem Filmausschnitt der ZDF-Politiksatire „Die Anstalt“, warum sich ein Staat nicht wie eine „schwäbische Hausfrau“ verhalten sollte.
- 7 Stellen Sie ausgehend von Ihrem bisherigen Wissen, dem Filmausschnitt sowie M2 und M3 erste Vor- und Nachteile der Schuldenbremse gegenüber.

M4

Investitionen – muss die Schuldenbremse weg?

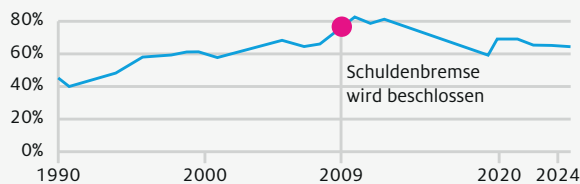
Es scheint, als würde niemand, wirklich niemand außer Finanzminister Christian Lindner (FDP) noch die Schuldenbremse verteidigen. Vergangene Woche forderte auch der Bundesverband der Deutschen Industrie: Macht mehr
5 Schulden! Rund 400 Milliarden Euro brauche der Staat in den nächsten zehn Jahren zusätzlich. Etwa um die Industrie klimagerecht umzubauen oder um Schulen und Straßen zu sanieren. Der Staat habe in den vergangenen Jahrzehnten viel zu wenig investiert, so der BDI. Deshalb gebe
10 es jetzt einen riesigen Nachholbedarf. Um den zu decken, müsse die öffentliche Hand zumindest für einen Teil dieser Summe Kredite aufnehmen. Deutschland verfällt, weil die Schuldenbremse Investitionen verhindert – so lautet eine weitverbreitete Kritik. [...]. Deutschlands Probleme,
15 so muss man glauben, wären gelöst, wenn es nicht diese dusselige Schuldenbremse gäbe.

Doch wer sich die unterschiedlichsten Gutachten und Stellungnahmen zu dem Thema genauer anschaut, stellt fest: In den allermeisten Fällen wollen die Experten die Schuldenbremse keineswegs abschaffen, sondern
20 nur modifizieren, umgestalten, weiterentwickeln. Selbst der BDI, der jetzt so viel Geld fordert, betont ausdrücklich: „Die Schuldenbremse hat sich als zentrales Instrument zur Gewährleistung solider öffentlicher Finanzen
25 bewährt.“ Sie abzuschaffen oder aufzuweichen „als vermeintlich einfachste Lösung ist nicht zielführend“.

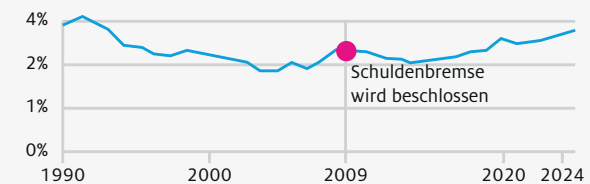
Wie passt das zusammen: die Klagen über zu wenige Investitionen, der Ruf nach mehr kreditfinanzierten Ausgaben – und zugleich das Feiern der Schuldenbremse? [...] Dass es überhaupt diese Regeln gibt, die der Staatsverschuldung Grenzen setzen, ist keine deutsche Marotte. Viele Länder haben die Erfahrung gemacht, dass
30 Regierungen gern Verteilungskonflikte lösen, indem sie Schulden aufnehmen und den Streit um die Finanzierung späteren Generationen aufbürden. Um das zu verhindern, haben laut IWF mehr als hundert Länder verschiedenste Fiskal- oder Budgetregeln eingeführt – und ihre Zahl nimmt zu.

Ökonomische Studien zeigen außerdem: In Ländern mit solchen Regeln entwickelt sich die Wirtschaft nicht schlechter, sondern besser als anderswo. Sie wächst insbesondere dort stärker, wo diese Regeln in der Verfassung verankert sind, so wie in Deutschland. Die Forscher Clemens Fuest und Niklas Potrafke vom
40 ifo Institut vermuten, dass Länder mit Fiskalregeln eher prosperieren, weil sie weniger Geld für Zinsen ausgeben müssen.

Anders als es die öffentliche Debatte nahelegt, zeigt sich den beiden Experten zufolge in der Forschung nicht, dass derartige Schranken Investitionen verhindern. Dafür spricht auch in Deutschland bisher wenig (siehe Grafik
50 [...]).

Seit die Regel verabschiedet wurde,
sinken die Schulden ...Staatsschulden
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

... aber nicht die Investitionen.

Staatliche Investitionen
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Quelle: Statistisches Bundesland

Kolja Rudzio: Muss die Schuldenbremse weg? in: Die Zeit Nr. 27, 20.6.2024. gekürzt.

M5

Sind Schulden eine Last für die Jungen?

Ja, sagt Max Mordhorst von der FDP: Wenn der Staat sich Geld leiht, müssen kommende Generationen die Zinsen bezahlen. Nein, entgegnet der Fiscal Future Aktivist und SPD-Mitglied Carl Mühlbach: Lieber mehr Kredite als marode Schulen.

DIE ZEIT: Herr Mühlbach, Sie sind 28, ist die Schuldenbremse im Interesse Ihrer Generation?

Carl Mühlbach: Ich kann mir gut vorstellen, dass Politikerinnen sie mit der Intention eingeführt haben, kommende Generationen von Lasten zu bewahren. In der Praxis führt die Schuldenbremse aber vor allen Dingen dazu, dass gerade nicht genug investiert wird: in den Klimaschutz, in Bildung und in die Infrastruktur. Junge Menschen leiden deshalb eher unter ihr, statt von ihr zu profitieren.

Maximilian Mordhorst: Die Investitionsausgaben im Bundeshaushalt befinden sich auf Rekordniveau. Es wird also investiert. Nun kann man sagen: Das reicht nicht. Das finde ich auch. Wir haben aber im Etat fast 500 Milliarden Euro zur Verfügung. Und wenn ich sehe, wofür wir alles Geld ausgeben, dann finde ich, kann man bei dem einen oder anderen Posten schon fragen: Muss das unbedingt sein? Die Schuldenbremse zwingt uns zur Priorisierung, und das finde ich als junger Mensch gut.

Mühlbach: Was Sie nicht erwähnen: Etwa 90 Prozent der Ausgaben im Haushalt sind gesetzlich festgeschrieben. Da kann eine Regierung nicht einfach sagen: Wir kürzen das jetzt weg. Bei den Sozialausgaben gibt es außerdem verfassungsrechtliche Grenzen, das Existenzminimum etwa muss sichergestellt werden. Vor Kurzem ist eine Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft und des arbeitnehmernahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung erschienen. Sie bezifferte den staatlichen Investitionsbedarf auf 600 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren. Ich bin auch der Meinung, dass das Geld sinnvoll ausgegeben werden soll. Aber nur mit Priorisierung kommen wir nicht auf die nötigen Summen.

Mordhorst: Dass bestimmte Organisationen mehr Geld haben wollen, kann ich verstehen. Wenn mir jemand Freibier anbietet, dann nehme ich das auch. Aber wer bezahlt die Rechnung? Bei den Schulden sind das die kommenden Generationen – in Form höherer Zinsausgaben oder einer gestiegenen Kreditlast. Meine Sorge ist: Wenn

wir jetzt die Schuldenbremse lockern, dann haben wir in ein paar Jahren keinen finanziellen Spielraum mehr, um auf Krisen zu reagieren.

Mühlbach: Das Geld ist doch nicht weg. Wenn Sie als Privatperson ein Haus kaufen, dann nehmen Sie dafür wahrscheinlich auch einen Kredit auf. Sie haben Schulden, aber dafür ein Haus. Wenn wir jetzt in die deutsche Infrastruktur investieren, dann hätten wir in Zukunft eine höhere Wirtschaftsleistung. Investitionen erzeugen Rendite.

Mordhorst: Wäre es so einfach, dann bräuchte man den Staat nicht. Denn wenn sich eine Investition rechnet, würde sie auch der Privatsektor tätigen. Eine staatliche Investition zieht eben gerade keine klar abgrenzbare Rendite nach sich. Deshalb kann man das nicht vergleichen. Ein Beispiel: Wir wissen alle, wie wichtig Bildung ist. Die Allgemeinheit profitiert vom Bau einer Schule, aber man kann nicht genau berechnen, welche Wirtschaftsleistung dadurch erzeugt wird und wer sie erbringt.

Mühlbach: Es gibt durchaus volkswirtschaftliche Studien, die die gesellschaftliche Rendite von Bildungsinvestitionen abschätzen. Sie kommen auf Werte zwischen sechs und sieben Prozent. Das ist deutlich mehr, als der Staat für das geliehene Geld an Zinsen bezahlen müsste. Diese Investitionen würden sich also rechnen, auch wenn sie über Kredite finanziert würden. Sie schaffen einen Mehrwert.

ZEIT: Herr Mordhorst, wäre es okay, wenn sich der Staat für den Bau einer Schule verschuldet?

Mordhorst: Mein Argument ist nicht, dass Schulden immer schlecht sind. Ich bin ja kein Ideologe. Ich bin aber Politiker und weiß, was passieren würde. Wenn wir in die Schuldenbremse eine Ausnahme für Bildungsinvestitionen einbauen oder ein Sondervermögen für die Bildung auflegen, dann würden viele meiner Kollegen im Parlament sagen: Gut, dann geben wir die im Haushalt freigewordenen Mittel für das Bürgergeld oder die Rente aus. Unter dem Strich würden die Bildungsausgaben also möglicherweise nicht einmal steigen. Was aber mit Sicherheit steigen würde, sind die Schulden. Die Schuldenbremse verhindert das. Sie ist eine Form der politischen Selbstbindung.

Mühlbach: [...] Die Schuldenbremse wurde 2009 eingeführt. Wir sind also in der Bundesrepublik eine lange Zeit ohne sie ausgekommen. Stattdessen hat das Grund-

gesetz früher vorgeschrieben, dass der Staat in dem Umfang Kredite aufnehmen darf, wie er Investitionen 130 tätig. Und das hat nicht dazu geführt, dass ein unendlicher Schuldenberg angewachsen wäre. Im Gegenteil: Deutschland hatte über Jahrzehnte hinweg eine sehr solide Finanzpolitik und deshalb keine kaputte Infrastruktur.

ZEIT: Wie sähe denn aus Ihrer Sicht eine sinnvolle Schuldenregel aus, Herr Mühlbach?

Mühlbach: Ein Beispiel: Im Moment darf der Bund im Jahr ein Haushaltsdefizit von maximal 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung haben. Das ist eine vollkommen willkürliche Zahl, für die es keine ökonomische Begründung 140 gibt. Der Internationale Währungsfonds sagt, wir könnten die Grenze um ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen, und die Schuldenstandquote – also der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt – würde trotzdem 145 noch sinken. Das würde den Ausgabenspielraum um ungefähr 40 Milliarden im Jahr erhöhen. Warum machen wir das nicht?

Mordhorst: Ich bestreite überhaupt nicht, dass solche Grenzwerte am Ende immer ein Stück weit willkürlich sind. Aber die Schuldenbremse ist nicht so starr, wie 110 Sie es darstellen. Sie erlaubt es, in einer schweren Wirtschaftskrise oder einer staatlichen Notlage mehr Schulden aufzunehmen. Genau das wurde zum Beispiel während der Pandemie gemacht.

Mühlbach: Und als Sie dann die Corona-Gelder für Investitionen in den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft einsetzen wollten, hat das Bundesverfassungsgericht das untersagt. So flexibel ist die Schuldenbremse also doch nicht. Ich glaube, eine funktionierende Demokratie muss sich nicht selbst Fesseln anlegen.

Mordhorst: Die Schuldenbremse ist uns nicht aufgezungen worden, sie wurde auf demokratischem Weg beschlossen.

Mühlbach: Nicht alles, was auf demokratischem Weg beschlossen wurde, ist auch im Sinne der Demokratie. Das 125 zeigt doch die Geschichte unseres Landes.

Mordhorst: Das kann man nicht vergleichen. Für mich ist die Schuldenbremse demokratietheoretisch betrachtet ein Element der Gewaltenteilung. Sie wirkt der poli-

tischen Machtkonzentration entgegen. So wie es auch Gerichte tun. Als Abgeordneter beziehe ich meine Legitimität aus der Tatsache, dass ich gewählt bin. Aber ich finde es richtig, dass ich nicht vollkommen frei schalten und walten kann, sondern mich an gewisse Regeln halten muss. Politiker sind auch Menschen, und ein gesundes Misstrauen ist da durchaus angemessen.

Mühlbach: Dennoch stehen wir vor enormen Herausforderungen und müssen dringend mehr investieren. Sie behaupten, das ließe sich über Priorisierung lösen, aber wo genau gekürzt werden soll, das höre ich von Ihrem Finanzminister nicht. Ich kann das sogar nachvollziehen: Ausgabenkürzungen treffen immer auf politische Widerstände, deshalb sind sie in der Praxis oft schwer umzusetzen. Am Ende fehlt dann aber doch das Geld für die nötigen Investitionen. Auch das spricht dafür, diese über Schulden zu finanzieren.

Mordhorst: Dieses Argument wäre doch ein Armutszeugnis für unsere Demokratie. So gehe ich als junger Politiker nicht an das Thema ran.

ZEIT: Wo würden Sie denn kürzen?

Mordhorst: Man kann zum Beispiel schon hinterfragen, ob es wirklich nötig ist, dass wir unter den G7-Staaten bei der Entwicklungshilfe prozentual betrachtet an erster Stelle stehen müssen – und zwar mit großem Abstand. Da sprechen wir von über zehn Milliarden Euro im Jahr. Mich belastet es als junger Mensch auch, dass wir jährlich 112 Milliarden Euro an Bundeszuschuss an die Rentenkasse überweisen, weil sich das Rentensystem nicht selbst trägt. Mehr Investitionen, weniger Konsum, und zwar im regulären Haushalt: Das muss das Ziel sein.

Mühlbach: Sie machen es sich zu einfach. Gehaltszahlungen an Lehrerinnen und Lehrer sind haushaltsrechtlich keine Investitionen. Und Sozialausgaben können der gesellschaftlichen und politischen Stabilität dienen, einem der wichtigsten Standortfaktoren überhaupt. Eine Studie der schwedischen Reichsbank zeigt, dass jedes Prozent an Etatkürzungen die Zustimmung zu extremistischen Parteien um drei Prozentpunkte steigert.

[...]

Das Gespräch führten **Nike Mosa** und **Mark Schieritz**.



Digitale Umfrage

Deine Meinung ist gefragt: Mithilfe der digitalen Anwendung nimmst du Stellung zu der Aussage, die auf der Leinwand erscheint. Stimmt du der Aussage zu oder eher nicht? Nutze dein mobiles Endgerät, um dich zu positionieren. Das Klassenergebnis wird anschließend auf der Leinwand angezeigt.

Aufgaben

- 8** Die ZDF-Politiksatire Die Anstalt positioniert sich eindeutig gegen die Schuldenbremse. Doch was sagt uns Die Anstalt zur Diskussion um die Schuldenbremse nicht? Ergänzen Sie dazu arbeitsteilig Pro- und Kontra-Argumente zur Schuldenbremse anhand von **M4** (Pro) und **M5** (Pro (Mordhorst) und Kontra (Mühlbach)).
- 9** Setzen Sie nun die Diskussion zur Schuldenbremse im **Fishbowl-Format** fort. Gehen Sie folgendermaßen vor:
 - ◆ Wählen Sie eine Moderatorin oder einen Moderator.
 - ◆ Wählen Sie Diskussionsteilnehmer für die Pro- und Kontra-Seite aus.
 - ◆ Die Moderatorin bzw. Moderator und die Diskutierenden nehmen im Innenkreis Platz. Ein zusätzlicher Stuhl bleibt frei.
 - ◆ Alle anderen nehmen zunächst als Beobachterinnen und Beobachter im Außenkreis Platz. Jede Beobachterin und jeder Beobachter kann sich zu einem beliebigen Zeitpunkt in die Diskussion einbringen, indem sie oder er auf dem freien Stuhl im Innenkreis Platz nimmt
 - ◆ Führen Sie nun die **Fishbowl-Diskussion** zur Frage: Brauchen wir eine Schuldenbremse?
 - ◆ Die Beobachterinnen und Beobachter berichten über das Gelingen des Argumentationsaustausches und identifizieren das für Sie „ultimative Pro- oder Kontra-Argument“.
- 10** Positionieren Sie sich zur Frage „Brauchen wir eine Schuldenbremse?“ zwischen Abschaffung (Nein/Kontra) und Beibehaltung (Ja/Pro) der Schuldenbremse. Begründen Sie Ihr Urteil.